Nr. 2454. Montag, 6. Juni. (Abend-Ausgabe.) 1864.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 10¼ Uhr Vormittags.

Newyork, 26. Mai. Der unionistische Oberbefehlshaber General Grant rückte mit seiner Armee vor, um den conföderistischen General Lee zu nöthigen, die von demselben bei Spotsylvana eingenommene Stellung zu räumen. Es fanden mehrere Engagements, aber keine Schlacht statt. Lee zog sich zurück und nahm eine starke Position zwischen den Nord- und Süd-Annaflüssen ein.

Copenhagen, 4. Juni. Dem Vernehmen nach wird der Reichsrath ehestens einberufen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 5. Juni. Nach der Abendausgabe der Kopenhagener „Berlingske Tidende" vom 3. d. M. darf es als sicher angesehen werden, daß, falls eine Verlängerung der Waffenruhe oder der Abschluß eines Waffenstillstandes nicht zu Stande komme, die Blokade unverzüglich fortgesetzt werden wird, ohne daß die neutralen Schiffe eine Frist erhalten, die blokirten Häfen zu verlassen.

„Dagbladet" vom 4. d. theilt mit, daß der Hardesvogt Blauenfeld und sein Sohn aus der Gefangenschaft entlassen und in Sonderburg angekommen sind.

Hamburg, 5. Juni. Wie aus Rendsburg vom heutigen Tage berichtet wird, soll am 7. in Hadersleben eine große Versammlung von Nordschleswigern stattfinden, um gegen jede Theilung Schleswigs zu protestiren.

Am 7. soll in Oberselk eine feierliche Einweihung des Denkmals für die daselbst gefallenen Oesterreicher stattfinden.

Flensburg, 3. Juni. Nach der hiesigen „Norddeutschen Zeitung" haben die Wahlen zum Flensburger Deputirten-Collegium folgendes Resultat ergeben: Der Südertheil wählte 12 deutschgesinnte Deputirte, der Nordertheil einen deutschgesinnten, 2 zweifelhafte und 9 Gesammtstaatler.

Frankfurt a. M., 4. Juni. Der gesetzgebende Körper hat in einer gestern abgehaltenen geheimen Sitzung den Beschluß gefaßt, dem Antrage des Senats gemäß, vorbehaltlich des Beitritts Kurhessens, und näher zu bestimmender finanzieller Vortheile, bei dem Zollvereine zu verbleiben.

Wien, 5. Juni. Das Amtsblatt der „Wiener Ztg." publicirt die Ernennung des Staatsraths Holzgethan zum Ministerstellvertreter; die Ministerialräthe Rudda und Brentano wurden zu Sectionschefs im Finanzministerium, der Ministerialrath des Finanzministeriums Schwind zum Staatsrath ernannt.

Bern, 3. Juni. Der als außerordentlicher Commissarius nach Baselland gesandte Bundesrath Schenk ist heute von dort zurückgekehrt. Er versichert, daß keinerlei Ungesetzlichkeiten vorgefallen, daß die Stimmung vielmehr eine ruhige und besonnene sei.

Bukarest, 4. Juni. (K. Z.) Bei Gelegenheit der Ueberreichung des Abstimmungsergebnisses an den Fürsten Cusa fanden hier gestern große Festlichkeiten statt, die in einem Tedeum und einer Parade bestanden. Der Fürst reist morgen nach Konstantinopel ab. Die in den Donaufürstenthümern lebenden Polen haben an ihn eine in warmen Ausdrücken abgefaßte Glückwunsch-Adresse gerichtet.

London, 4. Juni. Die Ueberlandpost ist gestern in Suez eingetroffen. Aus Shanghai wird vom 22. April gemeldet, daß Oberst Gordon die Insurgenten bei Waissgoo geschlagen und daß man der baldigen Uebergabe Nankings und Scochonfoos entgegensehe.

Aus Melbourne wird vom 25. April berichtet, daß die britischen Truppen über die Eingebornen einen Sieg erfochten haben. Der Stamm der Maingabantari in Neuseeland ist bei Tarach geschlagen worden.

Politische Uebersicht.

Heute findet in London wiederum eine Conferenz-Sitzung statt. Man sollte denken, daß bei dem so nahe bevorstehenden Ablauf der Waffenruhe eine Entscheidung in Betreff der Verlängerung derselben endlich getroffen werden müsse. In Berlin scheint man an die Verlängerung nicht zu glauben. So schreibt die liberale Correspondenz: „Die Kündigung des Waffenstillstandes Seitens Dänemarks, besonders die Art und Weise wie sie geschehen ist, hat hier, wie wir aus guter Quelle gehört haben, in den höchsten Kreisen sehr unangenehm berührt. Wenn Dänemark geglaubt hat, Preußen durch diese Drohung — denn das soll doch diese frühzeitige Kündigung sein — zur größeren Nachgiebigkeit zu bewegen, so hat es sich vollständig getäuscht. Hier hat es nur den Entschluß zu Wege gebracht, gar keine besondere Schritte für die Verlängerung des Waffenstillstandes zu thun, sondern den Krieg mit Energie am 12. Juni wieder aufzunehmen, um durch die Fortsetzung des Krieges diejenige Friedensbasis zu gewinnen, welche man auf der Conferenz vergebens gesucht hat. Es würde sich dann bei der Erneuerung des Feldzuges in erster Linie um die Inseln handeln, Alsen auf der Ostseite von Schleswig würde von unsern Truppen besetzt werden und das österreichisch-preußische Nordseegeschwader würde den Capitän Hammer von der Westküste Schleswigs vertreiben und so die dort gelegenen Inseln von der dänischen Herrschaft befreien. Es wäre gewiß von vorn herein besser gewesen, nicht eher auf die Conferenzen überhaupt zu gehen, bevor nicht das ganze schleswig-holsteinische Territorium, die Inseln mit eingeschlossen, von deutschen Truppen besetzt war. Damit würde wahrscheinlich eher die Friedensbasis gefunden sein, als mit der Besetzung Jütlands, das, wie sich jetzt herausstellt, eine für alle Theile ziemlich werthlose Provinz ist. In Bezug auf diese Stimmung in unseren höchsten Kreisen ist die letzte Adresse aus der Stettiner Kaufmannschaft sehr zur rechten Zeit gekommen. Sie wird den Entschluß des Draufgehens dem dänischen Trotz gegenüber befestigen und wird hoffentlich auch dazu führen, einen bei der ersten Verhandlung des Waffenstillstandes begangenen Fehler wieder gut zu machen."

Die Reise des Herzogs Friedrich von Augustenburg nach Berlin und Wien bildet ein Hauptthema des Tages. Die Berliner regierungsfreundlichen Blätter greifen den Herzog wieder in gewohnter Weise an und verbreiten die Nachricht, daß der Herzog gegen die preußischen Forderungen und namentlich gegen das Besatzungsrecht in Rendsburg Einwendungen erhoben hat. Besonders thut sich der „Publ.", dessen eigenthümliche Stellung in der Presse hinlänglich bekannt ist, durch die gehässigsten Auslassungen gegen den Herzog, den er des größten Undankes anklagt, hervor. Hoffentlich werden wir bald aus anderen Quellen, als diese sind, über den wahren Sachverhalt Näheres erfahren. Daß der Herzog von Augustenburg einer Annäherung an Preußen und einer engeren Verbindung mit demselben entschieden zugeneigt ist, ist bekannt und man darf mit Sicherheit annehmen, daß er daran festhalten wird. Aber man darf nicht vergessen, daß es gerade die bisherige preußische Politik war, die den Herzog in eine sehr unwillkommene, schwierige Stellung gebracht hat und daß es Oesterreich war, von welchem die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg in jüngster Zeit ausgegangen ist. Man muß vor Allem nicht vergessen, welche Absichten Herr v. Bismarck nach dem englischen Blaubuch in Betreff des Herzogs fremden Gesandten gegenüber geäußert hat und wie noch heute die regierungsfreundlichen Blätter es täglich durchblicken lassen, daß die Anerkennung des Augustenburgers ihnen die unliebsamste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ist. Hält die ministerielle „Nordd. Allg. Z." es doch sogar für selbstverständlich, daß der Herzog von Augustenburg „zuvor gründlich mit dieser Partei (des deutschen Abgeordnetentags) gebrochen haben müsse, ehe er seinen Fuß über die gastliche Schwelle des Königl. Schlosses setzte!" Wie gesagt, man wird sehr gut thun, wenn man über den Grund der heftigen Auslassungen aller dieser Blätter gegen den Herzog erst nähere Nachrichten abwartet.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in dieser Frage — und wir bezweifeln nicht, daß solche hervortreten werden — würden vermieden sein, wenn Preußen von Anfang an eine klare, feste nationale und volksthümliche Politik verfolgt und demgemäß gehandelt hätte. Aber als das ganze preußische und deutsche Volk Anschluß Preußens an das Programm der Nation forderte, da hörte man nicht, man ging mit Oesterreich und wies die Forderungen der Nation zurück. Ist es denn ein Wunder, daß der „treue Alliirte" Oesterreich diese Situation benutzt hat?

Wie man zuverlässig erfährt, hatte Oesterreich sich bereits vor der Berliner Reise des Herzogs von Augustenburg mit demselben in Verbindung gesetzt und sollen nach der „Köln. Ztg." namentlich die Fragen: wegen der Stellung des künftigen Herzogthums zu den in Wien projectirten Bundes-Reformen und der Erstattung der Kriegskosten erörtert sein. Man sagt ferner, daß Oesterreich dem Herzog vorschlage, mit Hannover (!) eine Marine-Convention abzuschließen.

Auch der ministerielle Wiener „Botschafter" giebt über die Zwecke Oesterreichs ganz offen Auskunft. Er sagt: „Der Herzog von Augustenburg weiß, daß Oesterreich die Initiative zu seinen Gunsten ergriffen hatte, und von seinem unter schwierigen Umständen bewiesenen Tacte war es zu erwarten, daß er den Siegern von Oberselk und Oeversee, den Kämpfern von Helgoland nicht weniger Aufmerksamkeit erweisen werde, als den Siegern von Düppel. Aber wenn wir den Besuch auch vom Standpunkte der politischen Höflichkeit auffassen, so erscheint uns derselbe wohl auch deßhalb werthvoll, weil er das beste Zeugniß ist, daß der Herzog sich in keine Militairconvention mit Preußen, und was dergleichen ist, eingelassen habe. Denn er wüßte, daß er mit einer solchen Gefolgeschaft hier einen kühlen Empfang fände. Wir in Oesterreich wollen für Deutschland gekämpft haben, und für nichts mehr. Der Herzog darf übrigens eines ausgezeichneten Empfanges gewiß sein und wir freuen uns, daß die Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß sich dem lebendigen Symbol der deutschen Sache nunmehr auch die officiellen Sympathien in Wien zuwenden."

Wie leicht hat man es Oesterreich doch gemacht, den uneigennützigen Vorkämpfer für Deutschland zu spielen! Wahrlich man sollte denken, man wüßte jetzt hinlänglich, wohin das Zusammengehen mit Oesterreich in einer national deutschen Frage führt. — —

Die conservative „Berliner Revue", bekanntlich das Organ des Justizrath Wagener, schreibt über die neueste Wendung der schleswig-holsteinischen Frage Folgendes: „Das Ganze wird damit endigen, daß Herr v. Beust die Gloire erntet, der Nationalverein triumphirt und der Herzog von Gotha von schlaflosen Nächten befreit wird. Dieses Ende dürfte aber wesentlich der jetzigen Haltung Oesterreichs zu danken sein, ohne daß wir vermöchten, dieser Macht hieraus einen Vorwurf zu machen. . . . Wir müssen es daher aussprechen, daß die Entwickelung der Ereignisse die preußische Diplomatie überflügelt zu haben scheint, und während wir der letzteren hiermit einen Vorwurf nicht machen, beklagen wir es tief, hierbei Oesterreich unter den Gegnern zu finden. Hiermit kommen wir zu dem Punkte, der für uns der entscheidende ist. Wir haben mit allen Conservativen das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen mit Freuden begrüßt, aber es sollte und durfte sich nicht auf den Conflict mit Dänemark beschränken. Oesterreich und Preußen sind noch heute darauf angewiesen, im Interesse der conservativen Sache, sowohl im Innern, als im Aeußern, zusammen zu stehen. Die schleswig-holsteinische Frage konnte hiernach die Veranlassung, sie durfte aber nicht das Endziel des Bündnisses sein, welches die beiden Großmächte schlossen. Hiernach mußte das Einschreiten gegen Dänemark nicht als eine Angelegenheit des deutschen Bundes, sondern als eine europäische Nothwendigkeit hingestellt werden. Oesterreich ist angewiesen, dem Königreiche Italien entgegen zu treten und die Lombardei zurück zu gewinnen, Preußen muß früher oder später sich in Deutschland vergrößern. Oesterreich wie Preußen müssen zu ihrem eigenen Fortbestande die Träger conservativer Grundsätze im Innern der Verwaltung sein. Ein europäischer Krieg würde allerdings muthmaßlich das Ergebniß eines solchen Bündnisses, einer solchen Politik gewesen sein, aber ohne einen solchen kann so wenig Oesterreich wie Preußen seine Mission erfüllen, und es ist vor demselben nicht zurückzuschrecken, sobald beide Reiche gemeinsam ihn zu bestehen entschlossen sind. Wie jetzt die Sachen liegen, finden wir es vollständig im österreichischen Interesse begründet, einer einseitigen Vergrößerung Preußens entgegen zu treten. Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn Oesterreich auf der Conferenz den Augustenburger Ansprüchen das Wort redet; wohl aber beklagen wir es, daß von herein beide Staaten sich nicht über andere und höhere Ziele verständigt hatten. Oesterreich würde Preußen schwerlich an Eroberungen gehindert haben, wenn es seinerseits die Lombardei zurück und Dieses oder Jenes hinzu erobert hätte. Wie jetzt die Sachen liegen, sind dies fromme Wünsche. Vielleicht ist es noch Zeit, beide Mächte zu mahnen, auf der Londoner Conferenz nicht einen Schritt zurückzuweichen, und es darauf ankommen zu lassen, daß dort ein Friede nicht gefunden werde."

Wir constatiren, daß auch das Organ der conservativen Partei als die Ursache der letzten Schwenkung der österreichisch-preußischen Politik, welche zur Anerkennung des Herzogs von Augustenburg führte, Oesterreich ansieht und daß es das Oesterreich, welches den Augustenburger anerkennt, für einen Gegner erklärt. Wir constatiren ferner, daß das Organ der conservativen Partei trotzdem an Oesterreich festhält und ein Bündniß mit demselben zu einem Eroberungskriege wünscht, in dem Preußen Oesterreich nicht mehr und nicht weniger als die Lombardei und noch Dieses und Jenes erobern helfen soll. Und eine solche heillose Politik, welche ganz Europa gegen Oesterreich und Preußen in Waffen bringen würde, wünscht das patriotische Organ lediglich um der „conservativen Interessen" willen! Ueberraschen kann das freilich nicht!

Ueber die Conferenzsitzung vom 2. Juni liegen jetzt bereits ausführliche und übereinstimmende Mittheilungen vor. Zunächst schreibt der ministerielle Wiener „Botschafter" darüber: „Zuerst kam die Waffenstillstandsfrage zur Verhandlung. Doch konnte man sich über die Basis desselben nicht einigen, nachdem die dänischen Bevollmächtigten solche Bedingungen stellten, welche den deutschen Mächten nicht annehmbar erschienen. Es scheint, daß die Vertreter Dänemark wirklich die Prätension erhoben, die deutschen Mächte sollen Jütland räumen, ohne daß Dänemark seinerseits zur Räumung der schleswigschen Inseln bereit gewesen wäre. Es scheint, daß sich nunmehr die neutralen Mächte beeilten, mit einem Vorschlage wegen vorläufiger Verlängerung der jetzigen Waffenruhe hervorzutreten. Die dänischen Gesandten erklärten sich aber bezüglich der Verlängerung der Waffenruhe ohne hinreichende Instruktion. Uebrigens haben sie mit Bestimmtheit zugesagt, sich bei dem Gouvernement zu Kopenhagen zu verwenden, um bis zum nächsten Sitzungstage mit allen erforderlichen Weisungen ausgerüstet zu sein. Nach den äußerst lebhaften Debatten, welche die Waffenstillstandsfrage hervorgerufen hatte, ging man zu den Verhandlungen über die englischen Vermittlungs-Vorschläge über. Entgegen dem Londoner Telegramm, welches sagt, daß Dänemark den Vermittelungsvorschlag abgelehnt habe, erfahren wir vielmehr, daß die dänischen Vertreter gestern auf die Theilung Schleswigs im Prinzipe eingingen und das Londoner Telegramm kann sich sonach höchstens auf einige minder wesentliche Punkte der englischen Vorschläge beziehen. Aber auch die deutschen Mächte haben den Vorschlag Englands nicht in seiner Totalität verworfen, sondern nur erklärt, daß sie die vorgeschlagene Grenze (Schlei-Linie) entschieden ablehnen müssen. Die Compensation Lauenburgs gegen einige Theile Nord-Schleswigs scheint hiebei erwähnt und die Grenze Apenrade-Tondern, über welche unserer Meldung nach, Oesterreich und Preußen sich geeinigt hatten, in Vorschlag gebracht worden zu sein. Es hat sodann eine lebhafte Discussion über die Grenzlinie stattgefunden, in welche aber die Vertreter der deutschen Mächte sowohl, als jene Dänemarks ausdrücklich nur mit dem Vorbehalte eintraten, daß durch ihre Aeußerungen den von ihnen vertretenen Regierungen in keiner Weise präjudicirt werden solle. Durch den Modus der freien, unverbindlichen Discussion konnte man in die allseitige Erörterung der Territorialfrage eingehen. So viel ist ersichtlich, daß heute bereits der englische Vorschlag die Grundlage der Conferenzverhandlungen gebildet hat."

Anderweitig wird gemeldet, daß Oesterreich und Preußen sich prinzipiell nicht gegen die Theilung Schleswigs ausgesprochen und daß Preußen die Feststellung der Grenzlinie durch eine Abstimmung der Bevölkerung vorgenommen wünsche. Gegen diesen letzteren Vorschlag Preußens sprachen sowohl die Neutralen, als auch Oesterreich!

Ein Wiener Correspondent der „Hamb. Nachr." theilt, wie er sagt, aus verläßlicher Quelle mit, daß Rußland die Integrität Dänemarks sehr nachdrücklich zu wahren gesonnen sei und in diesem Sinne in Berlin und Wien zu wirken suche. Der Correspondent hält eine Rückwirkung dieser Haltung Rußlands nicht für unmöglich. Auch die Wiener „Presse" hält eine „abermalige Metamorphose" der österreichisch-preußischen Politik für nicht unmöglich — freilich aus einem ganz andern Grunde, um nämlich die von Frankreich verlangte Abstimmung der Bevölkerung über die Person des Fürsten, der über sie regieren soll, zu verhindern. Wir un-

ſererſeits glauben nicht, daß Preußen jetzt noch auf die **Perſonal-Union** zurückgehen wird und kann.

Ueber die Conferenz-Sitzung vom 28. v. Mts. theilt der „Moniteur" Folgendes mit: „Die deutſchen Mächte hätten verlangt, daß die Herzogthümer zu einem einzigen unabhängigen Staate vereint, daß ſie vollſtändig von Dänemark getrennt würden und daß der Herzog von Auguſtenburg als ihr Herrſcher anerkannt würde. Da dieſe Vorſchläge von der Conferenz beſeitigt worden, ſo hätte England das folgende Programm vorgebracht: Trennung Schleswigs in zwei Theile; Incorporation des nördlichen und däniſchen Theils in Dänemark; Vereinigung des ſüdlichen und deutſchen Theils mit Holſtein; Anfrage bei der Bevölkerung des vergrößerten Holſteins wegen der Wahl des Herrſchers dieſes neuen Staates. — Die däniſchen Bevollmächtigten hätten erklärt, über das Programm an ihre Regierung zu referiren, da ſie nicht genügende Inſtructionen hätten, um auf Grundlage des engliſchen Vorſchlags zu unterhandeln. — Die deutſchen Bevollmächtigten hätten ſich darauf eingelaſſen, den engliſchen Vorſchlag in Erwägung zu ziehen, hätten jedoch über mehrere Punkte ihren Vorbehalt gemacht."

Die „Deutſche Petersburger Zeitung" veröffentlicht nach einem Telegramm der „Köln. Ztg." folgendes Mitgetheilt: Das Vergehen Cuſa's iſt ungeſetzlich und verſtößt gegen die Convention von 1858. Aenderungen der Conſtitution bedürften der Zuſtimmung des Souverains.

Selbſtverwaltung und Selbſtregierung.

II.

Wenn wir das Wort Selfgovernment in ſeiner weiteſten Bedeutung faſſen, ſo dürfen wir es nicht bloß durch „Selbſtverwaltung", auch nicht bloß durch „Selbſtregierung", ſondern wir müſſen es durch „Selbſtverwaltung und Selbſtregierung" überſetzen. In der Commune, d. h. in der Grafſchafts-, der Stadt- und der Land- oder eigentlich Kirchſpielsgemeinde, iſt das engliſche Selfgovernment weſentlich Selbſtverwaltung. Weſentlich Selbſtregierung dagegen iſt es im Parlamente, wie daſſelbe in organiſcher Verbindung ſowohl mit den Gemeindeverbänden, wie mit der Staatsregierung ſich ausgebildet hat. Jenes fremde oder gar feindſelige der organiſchen wie der ſittlichen Natur des Staates geradehin widerſprechende Verhältniß zwiſchen Miniſterium und Volksvertretung, wie es in manchen Staaten des Continents ſich entwickelt hat, kennt man in England ſeit den Tagen der Stuarts nicht mehr.

Die Geſchichte und die heutige Geſtalt des engliſchen Selfgovernment als Selbſtverwaltung bildet den zweiten Haupttheil des großen Gneiſt'ſchen Werkes, welches das geſammte engliſche Verfaſſungs- und Verwaltungsrecht in ſeiner hiſtoriſchen Entwickelung zu ſeinem Gegenſtande hat. Der erſte Haupttheil behandelt die „Aemter", d. h. die Organiſation der königlichen Behörden, der dritte wird die „Parlaments-Verfaſſung" darſtellen. Die Selbſtverwaltung der Communen aber iſt die eigentliche Lebensquelle des geſammten Staatsorganismus. Sie kann, wie es auch in dem von uns zu beſprechenden zweiten Haupttheile des Geſammtwerkes geſchieht, nicht anders dargeſtellt werden, als in ihrer ſtets lebendigen Wechſelwirkung mit der eigentlich ſogenannten Staatsregierung und dem Parlamente. Im Verlaufe ihrer geſchichtlichen Entwickelung treten mit beſonderer Klarheit und Stärke jene Grundſätze hervor, die um ihrer Allgemeingiltigkeit willen auch in unſerem Staatsleben auf die unſerer gegenwärtigen Bildung und Geſittung entſprechende Weiſe angewandt werden müſſen, wenn der deutſche Staat ein geſunder und ein wirklich deutſcher Staat werden ſoll.

Wo ſeit den erſten Anfängen deutſcher Geſchichte von deutſchen Männern, ſei es auf heimiſchem, ſei es auf fremdem Boden, ein Staat gegründet worden iſt, da iſt er nie etwas Anderes geweſen, als ein, zunächſt höchſt einfaches Syſtem der Selbſtverwaltung und Selbſtregierung. Ein ſolches Syſtem war auch das der kleinen angelſächſiſchen Königthümer, die vor nunmehr 1400 Jahren in dem eroberten Britannien errichtet wurden. Die Thätigkeit für das Gemeinweſen bezog ſich auf die einfachen Geſchäfte und Pflichten des Heer- und Gerichtsweſens, und ſeit der Einführung des Chriſtenthums auch auf die der Kirche. Dem Rechts- und Freiheitsbewußtſein aller germaniſchen Stämme gemäß war mit der Pflicht des „Mitthatens" ganz ſelbſtverſtändlich auch das Recht des „Mitrathens" verbunden. Die Erfüllung jener Pflicht und die Uebung dieſes Rechtes durch die Geſammtheit der freien Männer, nach dem Maße des geiſtigen und des materiellen Vermögens eines jeden Einzelnen, war damals wie noch heute die Grundbedingung eines geſunden, kräftigen und freien Staates. Aber ſchon in jenen kleinen Königthümern und noch mehr in dem Einen angelſächſiſchen Staate, zu dem ſie ſeit Alfred dem Großen vereinigt wurden, beſchränkte aus Urſachen, die wir übergehen müſſen, die ſelbſtthätige Betheiligung an dem Gemeinweſen ſich auf immer engere Kreiſe. Mit dem Verfalle des alten Selfgovernment gerieth der Staat in die Hände eines Adels, der, wenn auch noch nicht zu einer erblichen Kaſte geworden, doch jeder politiſchen Tugend entbehrte. Der Verfall der alten Landwehr, zu der einſt in altgermaniſcher Weiſe jeder freie Mann mit gleicher Pflicht und gleichem Rechte gehört hatte, machte den Staat auch militäriſch ſo ſchwach, daß er, vor jetzt 800 Jahren, eine Beute des Normannenherzogs, Wilhelms des Eroberers, wurde.

Aber die Folge der Eroberung war keinesweges, daß das Rechts- und Freiheitsgefühl der angelſächſiſchen Männer nun völlig erſtickt worden wäre. Im Gegentheil, es äußerte ſich in fortdauerndem Widerſtande gegen die Habſucht und den Uebermuth jenes neuen normanniſchen Adels, den Wilhelm zu einem großen Theile, in den höchſten Regionen ausſchließlich, an die Stelle des angelſächſiſchen geſetzt hatte. Freilich hat dieſer feindliche Gegenſatz innerhalb der Bevölkerung es Wilhelm und ſeinen Söhnen möglich gemacht, eine abſolute Königsgewalt zu üben, wie ſie im Mittelalter ſonſt nirgends vorgekommen iſt. Aber dieſe Gewalt war eine Wohlthat für das Volk. Sie bändigte den Adel, daß er nicht durch die ihm übertragenen Aemter und Beſitzungen eine gutsobrigkeitliche und in ſeinen mächtigſten Gliedern eine fürſtliche Gewalt in den einzelnen Landestheilen an ſich reißen konnte, wie er es in Deutſchland ſeit der Zeit der Hohenſtaufiſchen Kaiſer gethan hat. Zugleich mußten die Könige, um an dem Volke einen Halt gegen den widerſpenſtigen Adel zu gewinnen, demſelben dadurch Genüge leiſten, daß ſie die alte Selbſtverwaltung nicht etwa in der verfallenden Geſtalt der letzten angelſächſiſchen Zeiten erhielten, ſondern ſie, zunächſt für die Zwecke ihrer eigenen Regierung, neu organiſirten.

Indeſſen wurde damals, wie auch in ſpäterer Zeit, nicht nur dafür geſorgt, daß der Adel nicht in ſtaatswidriger Weiſe eine mit ſeinem Grundbeſitze verbundene obrigkeitliche Gewalt ſich uſurpirte, die Könige ließen auch nicht zu, daß die communale Selbſtverwaltung der Städte zu einer republikaniſchen Selbſtregierung ſich entwickelte, wie in Norditalien und in Deutſchland, wo dies freilich im Intereſſe des Rechtes, der Freiheit und der weiter ſchreitenden Entwickelung des Volkes eine unumgängliche Nothwendigkeit war. Die Selbſtverwaltung, wie ſie ſeit Eduard III. in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts in dem Friedensrichteramte ihr wirkungsvollſtes Organ erlangt hat, iſt weſentlich die Ausübung ſtaatlicher Functionen durch die Bürger des Landes in unbeſoldeten Ehrenämtern. Diejenigen Klaſſen des Volkes, deren Mitglieder ſich vorzugsweiſe in der Lage befanden, ſolche Ehrenämter zu übernehmen, bildeten die Gentry, oder, was heute zu Tage daſſelbe bedeutet, die regierende Klaſſe in England, d. h. diejenige Klaſſe, durch welche das engliſche Volk ſich ſelbſt regiert.

Denn die Selbſtverwaltung hat mit innerer Nothwendigkeit zur Selbſtregierung geführt. Wie ſie dahin geführt hat, iſt von Gneiſt in der ausführlichſten und klarſten Weiſe dargeſtellt worden. Hier können wir nur daran erinnern, daß der Abſolutismus ſchon anfing unmöglich zu werden, als Heinrich II., 100 Jahre nach dem Eroberer, die Wiederherſtellung der alten Landwehr in verbeſſerter Geſtalt begann, weil die Kriegsdienſte, zu denen der Lehensadel verpflichtet war, in einer für die innere und äußere Sicherheit des Landes völlig ungenügenden Weiſe geleiſtet wurden; ferner, daß nach der Verſöhnung des normanniſchen und angelſächſiſchen Stammes die Könige in der Magna Charta ſich zur Beachtung der Geſetze des Landes verpflichter mußten; endlich, daß ſie nach dem vielfachen Bruche ihrer Verheißungen genöthigt waren, die Beſteuerung und die Geſetzgebung von der Zuſtimmung nicht nur der Barone, ſondern auch der gewählten Vertreter des Landes abhängig zu machen. Aber den weitern hiſtoriſchen Hergang, die Kämpfe im Parlament und auf den Schlachtfeldern, die endlich im J. 1688 dahin führten, daß der Anſpruch auf Selbſtregierung ſeine vollſtändige und dauernde Befriedigung fand, müſſen wir gänzlich übergehen. Nur an das Eine Weſentliche erinnern wir, daß, wenn wie in England, die Ausführung der Geſetze auf dem Gebiete des Gerichtsweſens und der Polizei im weiteſten Sinne des Wortes vorzugsweiſe in die Hände unbeſoldeter Beamten gelegt iſt, die Regierung ſich in der Lage befindet, nur nach Geſetzen regieren und verwalten zu können. Es iſt ein ſchlimmes Zeichen, daß das heutige England in nicht unwichtigen Gebieten dieſe höchſte Garantie der Freiheit und der Geſetzlichkeit theilweiſe aufgegeben hat. Namentlich ſind Armenpflege, Bau- und Geſundheitspolizei in die Hände beſoldeter Beamten gelegt und darum nicht mehr bloß von den Geſetzen, ſondern mehr noch von miniſteriellem Ermeſſen abhängig gemacht worden. Die Schuld liegt aber nicht an den Miniſtern, ſondern daran, daß die friedensrichterliche Gentry gerade dieſe Gebiete im höchſten Grade vernachläſſigt hatte, und daß der erwerbende Mittelſtand des gegenwärtigen Jahrhunderts begonnen hat, dem auf wirthſchaftlichem Gebiete ſehr richtigen Satze, daß man nicht ſelbſt zu thun braucht, was man bezahlen kann, die verderblichſte Anwendung auch auf ſtaatlichem Gebiete zu geben. England wird nothwendig ſeine Freiheit einbüßen, wenn es nicht bald von dieſem Irrwege zurückkehrt.

Das Gneiſt'ſche Werk führt, man kann geradezu ſagen, den urkundlichen Beweis, daß die Bürger eines Volkes nur ſoweit ſtaatliche Freiheit und ſtaatliche Rechte erwerben und behaupten können, als ſie in freier Selbſtthätigkeit ſtaatliche Pflichten zu erfüllen im Stande und Willens ſind.

Fragt man aber, wie können denn wir ſtaatliche Pflichten da erfüllen, wo unſer Staat durch das Einſchieben ſeiner beſoldeten Beamten unſerer freien Selbſtthätigkeit den Raum weggenommen hat? ſo antworten wir: Es giebt auch außerhalb des Gebiets, auf welchem heute ſchon die Geſetzgebung die Selbſtthätigkeit der Bürger zuläßt, eine ganze Reihe ſtaatlicher Pflichten, die von beſoldeten Beamten überhaupt nicht erfüllt werden können, die wir aber ohne Verſündigung gegen unſer Volk nicht unerfüllt laſſen dürfen. Suchen wir ſie auf dem Gebiete, auf dem Schulze-Delitzſch Verdienſte ſich erworben hat, wie ſie von einem einzelnen Manne nur irgend erworben werden können; ſuchen wir ſie in der Förderung der wahren Wiſſenſchaft und der echten Kunſt; ſuchen wir ſie in der Belehrung des Volkes durch mündliche Rede und beſonders durch Hervorrufung und Verbreitung einer wirklich populären Literatur; ſuchen wir ſie auf dem Gebiete, welches die Kirche inne hat, damit die Religion der Wahrheit, der Freiheit und der Liebe in den Herzen der Menſchen ſelbſt zu einer Wahrheit und in ihren Handlungen zu einer Wirklichkeit werde. Suchen wir die Gelegenheit zur Erfüllung dieſer Pflichten, und wir werden ſie in ſo reichem Maße finden, daß uns keine Muße und auch kein Geld für Dinge übrig bleibt, die wohl wie Genüſſe ausſehen mögen, die uns aber doch noch niemals wahrhaft erfreuten.

Deutſchland.

Berlin, 5. Juni. Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holſtein-Auguſtenburg hat während ſeiner letzten Anweſenheit auch eine Beſprechung mit dem öſterreichiſchen Geſandten, Grafen v. Carolyi, gehabt.

— Der Herzog und die Herzogin von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Auguſtenburg haben ſich mit den Prinzeſſinnen Töchtern nach Gotha begeben. Der Herzog Friedrich, welcher gegenwärtig in Wien verweilt, wird in einigen Tagen von dort wieder hier eintreffen und ſich ſodann nach kurzem Aufenthalt nach Kiel zurück begeben.

— Der Miniſterpräſident v. Bismarck empfing geſtern zwei aus **Schleswig** hier eingetroffene Deputationen, die aus 8 und 20 Perſonen beſtanden, letztere aus dem Amte Tondern, die kleinere von den frieſiſchen Inſeln. Beide wollen Namens ihrer Communen, die ſie zu vertreten berechtigt ſind, in Berlin Proteſt gegen jede Theilung Schleswigs einlegen, und mit Hinweis auf die maritime Bedeutung ihrer Inſel- und Uferſtrecken, welche ſolche Seeleute bringt, die mit den erſten der Welt in die Schranken treten können, auf ein ungetrenntes Schleswig-Holſtein im deutſchen Bunde bitten. Die nordfrieſiſchen Inſeln beſtehen aus Pellworm, welches weniger ſeebeſchäftigt iſt, Föhr, Sylt und Amrum, von denen die letztere ganz, Sylt zur Hälfte zu Jütland gerechnet wird, wo aber ſtets Schul-, Kirchen- und Gerichtsſprache deutſch blieb.

— Der Geheime Ober-Regierungsrath **Frantz**, der älteſte vortragende Rath im Miniſterium des Innern, hat ſeine Penſionirung nachgeſucht.

— Die theologiſche Facultät zu Zürich hat dem Redacteur der „Prot. Ztg." H. **Krauſe** — „in Rückſicht auf ſeine vielfachen und großen Verdienſte um die proteſtantiſche Kirche und Theologie, inſonderheit in Rückſicht auf ſein langjähriges muthvolles Eintreten für evangeliſche Freiheit und Wahrheit, ſein unverdroſſenes Wirken für Einführung einer den Bedürfniſſen der Gegenwart entſprechenden Kirchenverfaſſung, ſowie für Durchführung der Union zwiſchen den proteſtantiſchen Schweſterkirchen" die Würde eines Doctors der Theologie honoris causa verliehen.

— Der verantwortliche Redacteur der „Pommerſchen Zeitung" wurde unterm 7. März d. J. wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den König, welches Vergehen in einem „die Schließung des Landtages" überſchriebenen Leitartikel enthalten ſein ſollte, von der Strafabtheilung des Königl. Kreisgerichts zu Stettin zu einer zweimonatlichen Gefängnißſtrafe verurtheilt. Dagegen erfolgte in zwei anderen Fällen, in denen es ſich um die ebenfalls durch den Leitartikel verübte Beleidigung des Miniſterpräſidenten v. Bismarck handelte, Freiſprechung. Gleiches Reſultat hatte eine Anklage wider den Verleger der Zeitung, in der ihm zur Laſt gelegt wurde, daß er bei ſeiner erſten gerichtlichen Vernehmung den Verfaſſer eines der incriminirten Artikel nicht namhaft gemacht habe. Gegen dieſe Entſcheidungen war ſowohl Seitens der Staats-Anwaltſchaft, als Seitens des Verurtheilten appellirt worden. In dem am 31. v. M. angeſtandenen Termin der Appellationsinſtanz wurde der Letztere **vollſtändig** freigeſprochen, indem der Gerichtshof (Vorſitzender Appellat.-Ger.-Präſident v. Brauchitſch) der Anſicht des Vertheidigers beitrat, daß ein objectiv gehaltener Angriff gegen die Thronrede auch nur als gegen die Miniſter gerichtet angeſehen werden könne.

— Der Stadtrichter Hierſemenzel, welcher bereits zwei Mal eine Zurückſetzung rückſichtlich der Beförderung zum Rath erfahren, iſt, nach der „Voſſ. Z.", gegenwärtig bei Beſetzung der neucreirten Rathsſtellen am Berliner Stadtgericht nicht weniger als acht Mal übergangen worden; auch iſt ihm nicht geſtattet worden, in die hieſige Advocatur überzutreten.

Sicherem Vernehmen nach iſt Profeſſor Dr. **Baltzer** vom Staatsminiſterium ebenfalls freigeſprochen worden.

— Der Staatsgerichtshof verfolgt den Franziskanermönch **Julian Duttkiewicz** wegen Hochverraths ſteckbrieflich.

— (Voſſ. Z.) **Dem Königl. Stadtgericht hier iſt dieſer Tage folgendes Schreiben zugegangen:**

„In einem der mittelſt Schreiben vom 24. Mai c. uns überſendeten 5 Volumina Acten in Sachen v. G. wider v. H. lag die beifolgende Schlafmütze. Da dieſelbe hierher nicht gehört, ſondern aller Wahrſcheinlichkeit nach dort oder bei dem Königl. Ober-Tribunal, wo die Acten adhibirt waren, irrthümlich in die Acten hineingelegt worden, ſo ſenden wir dieſelbe mit dem Anheimſtellen zurück, ſie dem Eigenthümer auszuhändigen. Grottkau i. Schl., den 31. Mai 1864. Königliches Kreisgericht."

Dem Schreiben lag eine ſchöne weiße Zipfelmütze bei. So viel wir hören, wird bis jetzt eine Schlafmütze bei dem Königl. Ober-Tribunal nicht vermißt; es werden alſo weitere Ermittelungen anzuſtellen ſein.

— Die „B. B.-Ztg." ſchreibt: Im nationalen Intereſſe kann man es nicht genug beklagen, daß einem Manne, wie **Ludwig Bauer**, noch nicht eine Stelle gegeben iſt, von der aus er unſere Pläne für unſere Wehrhaftmachung zur See durch Herſtellung ſeiner Brandtaucher verwirklichen könnte. Doch raſcher als der Speculationsgeiſt unſerer Handelswelt und das Schreibweſen unſerer Bureaukratie wird vielleicht bald die herbe Nothwendigkeit die Strebungen Bauers fördern. Kommt es, wie die Dänen uns drohen, wieder zur Herſtellung der Blokade unſerer Küſten, ſo muß die Nation auf außerordentliche Hilfsmittel zur Abwehrung ſolcher Schmach ernſthaft Bedacht nehmen. Bauer hat das Problem der unterſeeiſchen Schifffahrt, an dem jetzt auch Engländer und Franzoſen arbeiten, bereits 1849 nach der erſten Erſtürmung der Düppeler Schanzen gelöſt, er hat dann während des ruſſiſch-engliſch-franzöſiſchen Krieges in Kronſtadt neue Beweiſe davon geliefert. Hoffen wir, daß bei der eintretenden Wiedereröffnung der Feinſeligkeiten, an denen man jetzt doch auch den Herzogthümern ſelbſt eine active Betheiligung wird geſtatten müſſen, auch Bauer dort eine Gelegenheit finden wird, ſeinen Erfindungsgeiſt und ſeine Thatkraft zum Nutzen und zum Ruhme der deutſchen Nation zu verwerthen.

— Friedrich Harkort veröffentlicht in der „Rhein. Ztg." Folgendes:

„Dem Ruhme von Düppel folgen die Pflichten und Sorgen für die Hinterlaſſenen der Gebliebenen, ſo wie der Invaliden. Zunächſt ſollte allerdings der Staat eintreten, allein die Kämpfer von 1813 bis 1815 haben in dieſer Beziehung eine wenig tröſtliche Erfahrung gemacht. Nun wird die Wohlthätigkeit von Privaten zu großen Stiftungen in Anſpruch genommen, allein wir bekennen offen, daß ſolche Vereine unpractiſch ſind. Die Verwaltung wird koſtſpielig, einſeitig, umſtändlich, und die Leiter ſuchen, gleich dem Nationaldank, auch politiſches Capital daraus zu machen. Wer ſich nach Oben bemerkbar machen will, mag ſein Geld nach Berlin ſenden, wenn er nicht zunächſt ſeine Pflicht gegen die Gemeinde erfüllen will. Die Gemeinde iſt das Fundament des Staats, iſt ſie wohlgeordnet, blüht das Ganze. Alle Koſten fallen auf die Gemeinden direct und indirect zurück, ſo auch in dieſem Falle. Zieht der Verheirathete ins Feld, ſo gilt es, die Familie zu unterſtützen, und das ſind ſo bedeutende Summen, daß eine Verlängerung der Reſervezeit nicht allein den Dienenden, ſondern mehr noch die Commune drücken würde. Der Invalide kehrt heim, ohne Beiſtand wird er verarmen, und dann muß die Gemeinde ihn und die - einigen dauernd unterhalten. Titel, Orden und gute Penſionen treten ſelten ein in die Hütte des Mannes, welcher das Gewehr trug! Das Armenweſen iſt ohnehin ein Krebsübel der Communen und ruft dringend nach Verbeſſerung. Die Kirche und die Privatwohlthätigkeit mögen frei über ihre Mittel verfügen, wird aber der Gemeindeſäckel in Anſpruch genommen, ſo müſſen die Zahler auch die ſcharfe Controle über die Verwendung haben. Scheinbare Frömmigkeit und Arbeitsſcheu ſind oft nahe Verwandte; wer auf Unterſtützung Anſpruch macht, ſollte auch zu irgend einer wenn auch noch ſo kleinen Arbeitsleiſtung verpflichtet ſein. Das alte Sprüchwort ſagt: der Friede muß für den Krieg rüſten; ſo mögen auch die Gemeinden die Militairunterſtützungen als eine dauernde Laſt betrachten und eine Organiſation zur Anſchaffung der Mittel einführen. Man ſammle jetzt, weil das Mitgefühl noch wach iſt, und verwalte ſelbſt in gerechter Weiſe. Jährlich möge das Budget einen kleinen Fonds aufbringen, der nach und nach ein Capital bildet, deſſen Zinſen zu verwenden ſind. Dazu ſchlage man die Jagd- und Gewehrgelder, die Ueberſchüſſe der Sammlungen und laufenden Beiträge und Geſchenke. Wir ſehen an der Lehrer-Wittwenkaſſe, was ſich in dieſer Weiſe im Laufe der Zeit leiſten läßt. In kleinen Kreiſen kann ſich der Gemeinſinn am thätigſten äußern, man braucht nicht nach Berlin zu gehen, um ſich auszuzeichnen; der große Löffel vertheilt die Portionen oft unrichtig. Da nicht alle Gemeinden gleiche Kräfte beſitzen, ſo können Kreisverbände ſtattfinden, weiter ſollte man nicht gehen; das Weiterliegende gehört dem Staat an, dem man es nicht zu leicht machen darf, die Leute ins Feuer zu führen, ohne an die Folgen zu denken. Jeder gebe reichlich nach Kräften, allein zunächſt für die Gemeinde. Die Erfahrung witzigt. Gelder und Kleidungsſtücke, die direct an die Leute nach Holſtein gingen, kamen richtig und zeitig an, und wie erging es mit jenen auf dem indirecten Wege? Brauchbare Hemden wurden als Verbandſtücke quittirt, und andere Sendungen verirrten ſich und veranlaßten eine Unter-

suchung. „Selbst ist das beste Kraut", diese alte Lehre gilt auch hier. Dazu aufgefordert, habe ich meine Ansicht in vorstehenden Zeilen offen mitgetheilt. Friedrich Harkort."

— Der „Magd. Ztg." wird von hier geschrieben: Die Aenderungen in unsrer Armeeausrüstung werden sich nach den zuverlässigsten Mittheilungen vorläufig auf den Wegfall der Epauletten bei den Officier-Uniformen und deren Ersatz wahrscheinlich durch einige kleine, den Grad des Betreffenden anzeigende Sterne am Kragen des Waffenrocks, wie für die Mannschaft auf eine neue Kopfbedeckung und eine andere Fußbekleidung beschränken. Für die beiden zuletzt genannten Ausrüstungsgegenstände ist Aussicht vorhanden, daß dem Erfindungsgeiste unserer Industriellen durch eine Aufforderung zur Concurrenz freier Spielraum gewährt werden wird. — Die aufständische Bewegung in Polen erscheint in diesem Frühjahr so unbedeutend, daß ein Theil der zu deren Ueberwachung an der polnischen Grenze stationirten preußischen Truppen wieder in ihre heimischen Garnisonen zurückgezogen werden soll. Es wurden bisher dazu noch immer 19 preuß. Bataillone und 12 Escadrons verwendet.

Hamburg, 3. Juni. Den „Hamb. Nachr." ist eine vom 3. April datirte Erklärung des Magistrats und der Stadtdeputirten von Hadersleben zur Veröffentlichung zugegangen, worin diese Behörden unter entschiedener Wahrung der Landesrechte und der Legitimität Herzog Friedrichs sagen, daß insonderheit eine Trennung Schleswigs sowohl von den Einwohnern Haderslebens als von der dänisch redenden Bevölkerung Nord-Schleswigs als das größte Unglück angesehen wird.

England.

— Wir geben folgende in der „Times" veröffentlichte Zuschrift eines „Viator", mit der Ueberschrift „Deutsche Gastlichkeit". „Kürzlich von Berlin nach England zurückgekehrt, halte ich es für meine Pflicht, Ihren Lesern von dem brutalen Benehmen, welchem englische Reisende gegenwärtig in den preußischen Landen ausgesetzt sind, Kenntniß zu geben. Ich erfuhr, daß die Gereiztheit gegen unsere Landsleute in Aachen, so wie in Köln und Coblenz so hoch gestiegen sei, daß mehrere derselben offen ohne Provocation in den Straßen insultirt, in einigen Fällen wirklich mit Steinen geworfen worden seien. Aus persönlicher Erfahrung urtheilend, möchte ich es einem Engländer kaum rathen, sich in den Straßen Berlins zu zeigen. Es scheint fast, als habe „der auf Flaschen gezogene" Groll eines Vierteljahrhunderts endlich einen Ausweg gefunden, um sich Luft zu machen."

Frankreich.

— Der „Abend-Moniteur" enthält folgende Note: „Bekanntlich ist es das Musikchor des 34. preußischen Linien-Regiments gewesen, welches in Lyon den ersten Preis, in einer goldenen Medaille bestehend, erhalten hat. Man versichert, daß Ihre Majestät die Königin von Preußen, die sich gegenwärtig in Baden bei ihrer Tochter, der Großherzogin von Baden, befindet, sich besonders für diese Preiserwerbung interessirt hat, und daß die Artigkeit, mit welcher die preußische Militärmusik in Frankreich empfangen und applaudirt worden, am badischen Hofe sehr gewürdigt wurde."

— Es circulirt jetzt die bereits erwähnte Petition zur Abschaffung der Todesstrafe, die über Erwarten massenhafte Unterschriften findet. Advocat Lachaud glaubt, bei der nächsten Verhandlung des La Pommerais'schen Prozesses vor dem Cassationshofe hieraus für den Angeklagten einigen Vortheil ziehen zu können.

— Von den vier Italienern, welche wegen eines Mordversuches auf das Leben des Kaisers kürzlich verurtheilt wurden, sind Imperatori und Scaglioni bereits nach dem Gefängnisse abgeführt worden, in dem sie ihre 20jährige Haft abzubüßen haben; Greco befindet sich auf dem Wege nach Toulon, von wo er nach Cayenne gebracht wird. Trabucco allein ist bis jetzt in Mazas zurückgeblieben.

Portugal.

— Aus Lissabon vom 1. Juni wird telegraphirt: „Den Cortes ist ein Gesetzentwurf, welcher den freien Handel in Bezug auf das Getreide eingeführt wissen will, vorgelegt worden."

Italien.

— [Mazzini.] Aus Genua wird der „Gen.-Corresp." unter dem 28. Mai geschrieben: Ich bin in der Lage, Sie zu versichern, daß der Gesundheitszustand Mazzini's ein mehr als bedenklicher ist; ja, Leute, die ihn noch vor Kurzem hier in Genua, wo er, gleich nach Garibaldi's Abreise von England, sich zwei Tage versteckt aufhielt, sahen und sprachen, behaupten in bestimmtester Weise, daß die Tage des Agitators gezählt seien. Derselbe leidet an einer schmerzhaften Rückenmarksschwindsucht, welche durch die fieberhafte Erregtheit, womit er die neuesten politischen Vorfälle fort und fort verfolgt, noch gefährlicher gemacht wird. Im Augenblick verweilt Mazzini auf einem Gute eines seiner englischen Freunde, nahe bei London.

Dänemark.

Copenhagen, 1. Juni. Die „Berlingske Tidende" meldet in ihrem heutigen Abendblatt angeblich zuverlässig: Die Civilbehörde und das preußische Obercommando treffen Vorbereitung, in fünf bis sechs Wochen Landsessionen in Schleswig unter Mitwirkung preußischer Offiziere und Aerzte zu halten, um baldmöglichst eine schleswigsche der preußischen einzureihende Armee zu bilden. Daß diese Nachricht erfunden ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Danzig, den 6. Juni.

* Die Königl. Regierung hat das Polizei-Präsidium veranlaßt, den Abbruch der Vorbauten in der Seifen- und Bootsmannsgasse zu sistiren, weil der Verkehr in dieser Straße nicht erheblich ist und die Besitzer der Vorbauten an ihren Gebäuden zu viel Raum verlieren dürften.

* Der hiesige Männerturnverein hatte am Sonnabend zur Eröffnung des im Selonke'schen Etablissement etablirten Sommerturnplatzes ein öffentliches Anturnen veranstaltet, dessen reiches Programm, nach einer markigen Ansprache eines der Mitglieder, unter der Leitung des Turnlehrers Herrn Schubart in allen Nummern aufs präciseste executirt wurde. Den mit allseitigem Beifall aufgenommenen Productionen ging ein Concert der Buchholz'schen Capelle voran, welche auch die einzelnen Uebungen mit Musik begleitete.

* Das letzte Conzert des k. russ. Kammermusikers und Virtuosen auf dem Cornet à piston, Herrn Dargel aus Moskau, das gestern Nachmittag im Selonke'schen Etablissement stattfinden sollte, wurde des gestrigen ungünstigen Wetters wegen auf heute verschoben. Die Conzerte des Herrn Dargel erfreuen sich eines lebhaften Beifalls und einer regen Theilnahme Seitens des Publikums.

* Der Arbeiter Carl Eduard Münster, welcher wegen Diebstahls im mehrfachen Rückfalle sich in gerichtlicher Untersuchungshaft befindet, hat sich in vergangener Nacht im Gefängnisse erhängt. Sein Bruder Ferdinand, welcher sich ebenfalls wegen Diebstahls im Gefängnisse befindet, hat um dieselbe Zeit den Versuch gemacht, sich zu erhängen. Er wurde durch den hinzukommenden Gefängniß-Aufseher — nachdem er bereits am Thürpfosten hing — abgeschnitten.

* Am Sonnabend Abends 9 Uhr und gestern Vormittags gegen 10 Uhr entstand beide Male blinder Feuerlärm. Das erste Mal gaben Funken, die aus dem Bäckereischornsteine des Grundstückes Ziegengasse Nr. 1 hinausflogen, und das andere Mal Rauch, der sich in Folge eines verstopften Rohres in einem Parterrezimmer des Hauses Ziegengasse Nr. 5 angesammelt hatte, Veranlassung zum Ausrücken der Feuerwehr.

Marienwerder, 2. Juni. (Ostb.) Vor dem hiesigen Kgl. Appellationsgericht fand heute auf eingelegten Recurs des Kaufmanns F. A. Gaebel in Graudenz die Verhandlung wegen unbefugten Verkaufs des Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs statt. Zur Vertheidigung war der Literat Lieutenant a. D. Held von Berlin erschienen, wurde jedoch als Vertheidiger nicht zugelassen. Der Gerichtshof resolvirte auf Einholung des Gutachtens des Medicinal-Collegii, ob der Daubitz'sche Kräuter-Liqueur im Sinne des Gesetzes ein Elixir sei, dessen Verkauf Nichtapothekern untersagt ist, oder nicht.

— (K.H.Z.) Wie auch in dieser Zeitung erwähnt, mußte das „Schulblatt für die Volksschullehrer der Provinz Preußen", das bis dahin unangefochten als cautionsfreie Wochenschrift erschienen war, im Sommer v. J. die wöchentliche Ausgabe einstellen und wurde vor Kurzem der Redacteur desselben wegen Herausgabe einer Zeitschrift vor Bestellung der gesetzlichen Caution in Strafe genommen. Das Blatt erschien inzwischen vierteljährlich zweimal und hat durch diesen Umstand erheblich gelitten. Jetzt haben Freunde der fortschreitenden Volksschule die für Königsberg erforderliche Caution von 2500 Rt. aufgebracht und erscheint nunmehr seit Freitag den 3. d. M. das Schulblatt wieder in wöchentlichen Lieferungen. Den vorwärts strebenden Volksschullehrern unserer Provinz wird diese Nachricht sicher willkommen sein und werden dieselben von Neuem dem Blatte ihre rege Theilnahme und Unterstützung zuwenden. — Die liberalen Blätter der Provinz bitten wir um freundliche Verbreitung dieser Mittheilung.

Bromberg, 4. Juni. (Bromb. Ztg.) Nach dem Vorgange vieler anderen Orte sind auch hier einige fünfzig junge Bürger aller Stände, theilweise Mitglieder des Männer-Turnvereins, zusammengetreten, um über die Errichtung eines freiwilligen Feuerlösch- und Rettungs-Corps zu berathen. Dieselben haben nunmehr ein Statut angenommen und sich unter der Bezeichnung: „Freiwillige Feuerwehr zu Bromberg" constituirt.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Mittags-Depesche war am Schlusse des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 4. Juni. Getreidemarkt. Loco-Weizen fester gehalten, ruhig, ab auswärts, besonders ab Dänemark 2 Thlr. höher verlangt. Roggen ab Königsberg Juni bis August zu 60—62 offerirt, 59—61 Geld. Oel Oct. 28¼—28⅜. Zink ruhig.

London, 4. Juni. Türkische Consols 48⅛. — Schönes Wetter. — Consols 90⅛. 1% Spanier 45½. Mexikaner 44⅞. 5% Russen 89. Neue Russen 87½. Sardinier 84½.

Der Dampfer „Hansa" ist von Newyork in Southampton eingetroffen.

Liverpool, 4. Juni. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Middling Georgia 28—28¼, Fair Dhollerah 22, Middling fair Dhollerah 19¾, Fair Bengal 16½, Middling fair Bengal 15, Middling Bengal 13½, Fair Scinde 15½ Middling fair Scinde 14¼, Middling Scinde 13½, China 18½—18¼.

Paris, 4. Juni. 3% Rente 67, 10. Italienische 5% Rente 70, 10. Italienische neueste Anleihe —. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 405, 00. Credit mob.-Actien 1146, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 538, 75.

Productenmärkte.

Danzig, den 6. Juni. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 126/127—128/9—130/1—132/4/5 ℔. nach Qualität und Farbe 64/65—66/67—68/69—70/72½/75 Sgr., dunkelbunt, ordinair glasig 124/7—129/30 ℔. von 59/62—64/65 Sgr. Alles pr 85 ℔ Zollgewicht.
Roggen 121/2—125/7 ℔. von 42—43/43½ Sgr. pr 81⅚ ℔.
Erbsen 43/46 Sgr.
Gerste kleine 106/108—110/112 ℔. von 33/34—35/36 Sgr.
do. große 110/112—114/115/6 ℔. von 34/35—36/37 Sgr.
Hafer 27/28 Sgr.
Spiritus 15⅚ Rt. pr 8000 % Tr. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: sehr schön und warm. Wind: WSW.

Stimmung für Weizen am heutigen Markte flau; gegen Schluß der Börse gaben Verkäufer in ihren Anfangs hohen Forderungen nach und sind 170 Last im Preisverhältniß zu Gunsten der Käufer gegen vorige Woche gehandelt. 130℔ bunt fl. 415, 131/2℔ fein bunt fl. 425 pr 85℔. — Roggen matt. 122℔ fl. 253½, 125℔ fl. 258 pr 81⅚ ℔. — Spiritus 15⅚ Rt. bezahlt.

* **London**, 3. Juni. [Kingsford & Lay.] Das Wetter war seit dem 27. v. Mts. kalt und trübe, ein bis zwei Mal hatten wir starken Frost, am 29. fiel etwas Regen und am 31. regnete es den ganzen Tag hindurch, gestern und heut auch sehr viel. Der Wind war veränderlich, seit dem 30. meist östlich. Der Frost hat in einzelnen Theilen des Königreichs die Kartoffelpflanzen geschwärzt und wird ohne Zweifel den Ertrag nachtheilig beeinflussen. Ein besserer Ton hat sich im ganzen Königreiche des Weizengeschäfts bemächtigt und in den Hauptmärkten wird eine Steigerung von ungefähr 1s pr Qr. notirt. Mit allen Sorten Sommergetreide ist es fest, und die Preise haben sich völlig gehalten, dasselbe ist von Mehl zu sagen. Seit letztem Freitag sind nur 2 Schiffe an der Küste rapportirt worden (1 Weizen), von welchen mit den von der letzten Woche übrig gebliebenen gestern noch 4 Weizen-Ladungen zum Verkauf waren. Das Geschäft mit schwimmenden Ladungen war in dieser Woche sehr still, Weizen wurde auf äußerste letzte Preise gehalten, welche die Käufer jedoch nicht bewilligen wollen, Mais und Gerste haben im Preise ein klein wenig nachgelassen, Roggen ist aber gut gefragt, Baumwollensaat ist unverändert im Werthe, Leinsaat ist aber 1s pr Qr. gestiegen. Die Zufuhren von englischem und irischem Hafer waren in dieser Woche gut, von allen anderen Getreidesorten sehr klein. Der heutige Markt war nur mäßig besucht, volle Montags-Preise wurden für englischen Weizen bedungen, und für einzelne Sorten fremden rothen Weizen war eine kleine Steigerung zu erreichen, die Nachfrage war etwas größer. Alle Sorten Sommer-Getreide waren fest und Hafer ist in einigen Fällen etwas besser bezahlt worden.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 4. Juni. (B.- u. H.-Z.) [J. Mamroth.] Die Haltung des Metall- und Eisen-Markts war in vergangener Woche recht animirt, trotzdem kamen bedeutende Umsätze wenig vor. Consumenten zeigen wenig Neigung zu Abschlüssen auf Zeit, namentlich macht sich dies bei Schottischem Roheisen bemerkbar. Die Abladungen von Roheisen in Schottland finden immer noch in starkem Maße statt. Der Glasgower Markt zeigte unbedeutende Preisschwankungen und schloß gegen vorige Woche ca. 6d niedriger. Notirungen in Glasgow Warrants 59s 3d bis 59s 4d. — Langloan 1. 59 s. — Notirungen hier: Schottisch Roheisen Marken I. 51—51½ Sgr. pr Ct. — Schlesisches Holzkohlen-Roheisen 52 Sgr. frei hier, Coaks-Roheisen 40 Sgr. ab Hütte käuflich. — Stabeisen gewalzt 3⅚—4¾ Rt., geschmiedet 4⅓—4½ Rt. pr Ct. — Alte Eisenbahnschienen zum Verwalzen 1⅚ Rt., zu Bauzwecken 2⅓—3 Rt. pr Ct. — Zink. Die günstige Stimmung für diesen Artikel behauptet sich; es kamen in voriger Woche nur wenig Abschlüsse trotz reger Nachfrage zu Stande; da auf Juni-Lieferung wenig mehr erhältlich ist. Einige kleine Partien gewöhnliche Marken wurden zu 7⅙ Rt. sofort aus dem Markte genommen. W.-H. Marke ist besonders knapp, nur Kleinigkeiten davon zu haben. Notirungen dafür ab Breslau 7⅓ Rt. à Ct. pr Cassa. — Zinn mehr beachtet, es fanden aber nur geringe Umsätze statt, in Holland 67½ fl. bezahlt. Banca 40½ Rt., engl. Lammzinn 39 Rt. pr Ct., im Detail 2 Rt. pr Ct. höher bezahlt. Kupfer. Die übereinstimmend günstigen Berichte von außerhalb schaffen demselben mehr Beachtung, sind auf unseren Markt jedoch ohne Einwirkung geblieben. Russisch Paschkow 42 Rt., Demidoff 37 Rt., schwedisches 33—33½ Rt., englisches 31½—32 Rt. pr Ct. — Blei wenig beachtet und ohne Umsatz, da Eigner auf hohen Forderungen beharren. Tarnowitzer 6⅔—6⅚ Rt., Spanisches Rein u. Co. 8½—8⅔ Rt. pr Ct. — Kohlen kamen größere Partien heran, deren Placirung ohne Schwierigkeiten stattfand. Stückkohlen 22½—24 Rt., Nußkohlen 19½—22 Rt. pr Last.

Schiffsnachrichten.

* Einem hier eingetroffenen Telegramm zufolge ist das Schiff „Willem III.", Capitain F. D. Lewien, am 4. Juni nach einer glücklichen Reise von 24 Tagen in Barcelona von Swansea angekommen.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 4. Juni 1864. Wind: NO.

Angekommen: Schuldt, Hamburg, Swinemünde, Ballast.

Gesegelt: Bossinga, Herstelling, Amsterdam; Jarling, Carl u. Paul, Bremen; Brander, Matchleß, Dublin; Williamsen, Elizabeth u. Hannah, London; Lund, 7 Soedskende, Christiania; Plukje, 3 Gezüsters, Amsterdam; Meyer, Janssen, Zwolle; Mackie, Jane, London; sämmtlich mit Getreide. — Götzin, Carl Friedrich, Aberdeen; Amie, Diligente, Nantes; beide mit Holz. — Parlitz, Colberg (SO.), Stettin, Güter.

Den 5. Juni.

Gesegelt: Reid, Margareth Reid, Newroß; Patterson, Contray, London; Coull, Regent, Leith; sämmtlich mit Getreide. — Kolb, 2 Gebrüder, Bremen, Holz.

Wieder gesegelt: Claussen, Christine; Hinrichs, Dorothea.

Angekommen: Janssen, Elsine Christine, Skien; Helles, Vriendshap, Shiedam; beide mit Ballast.

Den 6. Juni. Wind: SO.

Angekommen: Craig, Temora (SO.), London, Güter. — Johannsen, Charlotte, Wiborg, Theer.

Gesegelt: Svendsen, Sandina; Borresen, Maria Sophie; beide nach Norwegen mit Getreide. — Gaudi, Mabel, London, Holz.

Ankommend: 1 Schooner.

Thorn, 4. Juni 1864. Wasserstand: + 1 Fuß 11 Zoll.

Stromab: L. Schfl.

Sikorowski, Goldenring, Wloclawek, Danzig, 31 L. 38 Schfl. Wz., 11 — Rg.
Meißner, Warschauer, do., do., Steffens S., 30 10 Wz.
Muscinski, Marsop, do., do., Goldschmidt S., 36 39 do.
Kusocinski, Warschauer, do., do., Steffens S., 39 25 do.
Dropienski, Ders., do., do., Dies., 37 50 do.
Zinnack, Czatrowitzki, Lubiszoff, do., Lubart, 19 14 Rg.
Bauer, Schapirer u. Baumwoll, Christianpol, do., 65 St. h. H., 1971 St. w. H., 276 8/15 L. Faßh., 37 30 Wz.
Gold, Dies., do., do., 1 St. h. H., 3045 St. w. H., 74 6/15 L. Faßh., 175 L. 29 Schfl. Wz., 71 53 Rg.
Annuschack, Marsop, Bresczlitewsk, do., 587 St. h. H., 1291 St. w. H., 34 L. Faßh., 43 52 Wz. (für F. A. Fränkel).
Wittkowski, Steinwurzel, Dubienka, do., 74 37 do
Ders., Fränkel, do., do., 33 32 do.
Kretzschmar, Konitz, Warschau, do., 1900 St. w. H.
Zinnack, Czatrowitzki, Lubiszoff, do., 667 St. w. H., 270 L. Faßh.
Rausch, Kreßmann, Thomaszef, Stett., 11 St. h. H., 3966 St. w. H.
Karpe, Buggenhagen u. Co., Bresz litewsk, Dzg., 1038 St. w. H., 361 2/15 L. Faßh.
Rubinstein, Rubinstein u. Tennenbaum, Wasoclitz, do., 1000 St. w. H.
Wiernick, Perlmann, Biala, do., 911 St. h. H., 1153 St. w. H., 149 1/15 L. Faß.
Wittkowski, Zinnamon u. Steinwurzel, Dubienka, do., 1 St. h. H., 2115 St. w. H., 6 10/15 L. Faßh.
Summa: 540 Lst. 42 Schfl. Wz., 102 Lst. 7 Schfl. Rog.

Fondsbörse.

* Danzig, 6. Juni. London 3 Mon. 6. 20 Br. Hamburg kurz 151⅞ Br. Hamburg 2 Mon. 150⅝ Br. Staatsschuldscheine 90¼ bez. Westpreuß. Pfandbriefe 3½% 84¾ Br. Westpreuß. Pfandbriefe 4% 94¾ Br., 94¾ bez. Danziger Privatbank 102 Br.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Juni.	Stund.	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien	Wind und Wetter.
5	12	336,63	+ 10,6	NO. still, bezogen, Regen.
6	8	336 43	+ 11,2	Südl. schwach, Nebel.
	12	336,04	+ 16,1	Westl. still, hell und schön.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.